



Bad Schwalbach, den 05.06.2020

Niederschrift

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	27/X. Wahlperiode
Datum	Freitag, 5. Juni 2020
Sitzungsbeginn	09:05 Uhr
Sitzungsende	10:35 Uhr
Ort	Bürgerhaus Taunus - Herblay Saal

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Sandro Zehner	
--------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Michael Barth	
Herr Sebastian Busch	
Herr Ali Emamalizadeh	
Herr Maximilian Faust	
Herr Klaus Gagel	
Herr Jan Kraus	
Herr Walter Lieber	
Herr Günter Linke	
Herr Georg A. Mahr	
Herr Karl Mayer	
Herr Stefan Müller	
Herr Joachim Reimann	

Herr Thomas Zarda	
-------------------	--

Stellv. Mitglied

Frau Helga Becker	
-------------------	--

entschuldigt

Herr Matthias Hannes	
----------------------	--

Verwaltung

Herr Ralf Bachmann	
Herr Peter Imhof	zu TOP 2
Herr Franco Matera	

Schriftführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

TOP 1. DS Genehmigung der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 31.01.2020 und 23.04.2020

Abg. Mayer bittet um folgende Ergänzung der Niederschrift vom 23.04.2020:

1. KB Merkert sagt zu, die Unterlagen des Jugendhilfeausschusses auch den Fraktionsvorsitzenden zur Verfügung zu stellen.
2. KB Merkert wird im JHA berichten, über die Hintergründe der gesellschaftlichen Entwicklung, die die Notwendigkeit der Stellenerhöhungen im Jugendbereich begründen.

Mit diesen Ergänzungen werden beide Niederschriften einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS X/1271 Jahresabschluss 2018 des Rheingau-Taunus-Kreises / Antrag auf Entlassung aus dem Schutzschirmvertrag

Landrat Kilian übergibt das Wort an den Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herrn Imhof, der in einer ausführlichen Präsentation (**Anlage 1 der Niederschrift**) den Jahresabschluss 2018 vorstellt.

Fragen des Ausschussvorsitzenden Zehner und der Abg. Müller und Gagel werden von Herrn Imhof und Landrat Kilian beantwortet.

Die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages werden sodann einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss aufgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2018 des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Nach § 52 Abs. 1 HKO i. V. mit § 114 Abs. 1 HGO beschließt der Kreistag über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2018 des Rheingau-Taunus-Kreises und spricht die Entlastung des Kreisausschusses aus.

Der Jahresüberschuss wird dem Ergebnisvortrag aus Vorjahren zugeführt.

2. Der Kreistag beauftragt den KA den Antrag auf Entlassung aus dem Konsolidierungsvertrag zwischen dem Land und dem Rheingau-Taunus-Kreis zu stellen.

TOP 3. DS X/1218 Prozedere einer Satzungsänderung des Sparkassenzweckverbandes Nassau zwecks Überschussausschüttung der Nassauischen Sparkasse (NASPA)

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 4. DS X/1225 Gewährung einer Bankbürgschaft für die Kommunale Wohnungsbau GmbH (kwb) i.H. von 8,48 Mio. €

Die Abg. Müller und Gagel erläutern kurz ihr Abstimmungsverhalten.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Stimmenverhältnis: 11 Ja-Stimmen - 4 Nein-Stimmen - 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kommunalen Wohnungsbau GmbH (kwb) wird eine Bürgschaft in Höhe von 8,48 Mio. € gewährt.

TOP 5. DS X/1234 Gymnasium Taunusstein, Taunusstein-Bleidenstadt - zusätzliche Mittelbereitstellung für HH 2021

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Für die Generalsanierung Sporthalle am Gymnasium Taunusstein-Bleidenstadt (Maßnahme im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms – KIP II) werden zusätzliche Mittel in Höhe von 650.000,00 € in Form einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch eine Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung bei der Generalsanierung Beruflichen Schulen in Geisenheim.

TOP 6. DS X/1237 Unterrichtung gem. § 100 Abs. 1 HGO i.V.m. § 52 Abs. 1 HKO über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die in der Anlage aufgelisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2019, für die der Landrat, der Kreisausschuss oder der Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 100 HGO i.V.m. § 52 Abs. 1 HKO bereits ihre Zustimmung erteilt haben, werden zur Kenntnis genommen.

TOP 7. DS X/1279 "Home Office / mobile Working"; hier: Berichtsantrag Nr. 32/19 der CDU-Fraktion vom 19.12.2019, eingegangen am 23.12.2019; hier: Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

**TOP 8. DS X/1296 Auswirkungen der "CoVid-19-Krise" auf die Kreisverwaltung;
hier: Berichts Antrag Nr. 13/20 der AfD-Fraktion vom 12.05.2020**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Verwaltung mögen über folgende Fragen berichten:

1. In welchen Fachbereichen konnte die Verwaltungstätigkeit während der „CoVid-19-Krise“ im „Home-Office erledigt werden?

a) In welchem Umfang konnten die Tätigkeiten im „Home-Office“ ausgeführt werden?

b) Sind Arbeitsrückstände durch die Verlegung der Tätigkeiten ins „Home-Office“ entstanden?

c) Führen die von der Landesregierung beschlossenen Lockerungen bereits zu einem Rückgang der „Home-Office“-Tätigkeiten?

d) Ist schon absehbar, ob Tätigkeiten, die wegen der „CoViD-19-Krise“ ins „Home-Office“ verlagert wurden, vorbehaltlich der arbeitsrechtlichen Zulässigkeit dauerhaft dort verbleiben könnten?

Wenn ja: In welchem Umfang?

2. In welchen Fachbereichen musste die Verwaltungstätigkeit infolge der „CoViD-19-Krise“ eingestellt werden?

3. Gab es während der „CoVid-19-Krise“ Tätigkeiten der Verwaltung, die noch im Kreishaus verrichtet wurden? Um welche handelte es sich?

4. In welchen Bereichen konnte die Verwaltung wegen des durch „CoVid-19-Krise“ nicht möglichen persönlichen Kontaktes mit dem Bürger ihre Aufgaben nicht oder eingeschränkt erfüllen?

5. Gab es Möglichkeiten der digitalen Kommunikation, die zur Überbrückung des fehlenden persönlichen Kontakts mit dem Bürger eingesetzt wurden? Wenn ja: In welchen Bereichen wurde von diesen Diensten Gebrauch gemacht?

6. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, für den Fall künftiger epidemiologischer Ereignisse die digitale Kommunikation auszubauen?

**TOP 9. DS X/1298 Finanzielle Auswirkungen der Maßnahmen zur "CoVid-19-Krise"
für den Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichts Antrag Nr. 15/20
der AfD-Fraktion vom 12.05.2020**

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Verwaltung möge über folgende Fragen berichten:

1. Sind bereits im gegenwärtigen Stadium die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen in Zusammenhang mit der „CoViD-19-Krise“ für den Rheingau-Taunus-Kreis absehbar?
2. Auf welchem Sektor werden die schwerwiegendsten Folgen erwartet?
3. Kann der KA bereits einschätzen, ob die Auflagen des Umschuldungsprogrammes „Hessenkasse“ im Gefolge der gegenwärtigen Krise erfüllt werden können?
4. Welche kurzfristig zu nutzenden Einsparpotentiale sieht der Kreisausschuss:
 - a) bei den Personalkosten
 - b) bei den Sachkosten
 - c) bei geplanten Investitionen

TOP 10. DS X/1300 Vorfälle im Kreishaus; hier: Berichts Antrag Nr. 17/20 der AfD-Fraktion vom 12.05.2020

Eine Frage des Abg. Barth wird durch den Abg. Gagel und Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Ist der vom Wiesbadener Kurier berichtete Vorfall, „dass ein abgelehnter Asylbewerber auf dem Weg nach draußen eine Schneise der Verwüstung durch das Kreishaus zog“, in der Anlage zur Stellungnahme zum Berichts Antrag Nr.: 17/18 der AfD-Fraktion „Randale im Kreishaus“ enthalten?
2. Welche Schäden wurden im vorgenannten Fall im Einzelnen verursacht? Wie hoch war d Gesamtschaden?
3. Ist die Information im vorgenannten Bericht des Wiesbadener Kurier zutreffend, dass auch Tötlichkeiten gegen Mitarbeiter der Kreisverwaltung verübt worden sind?
4. Wenn ja: War der unter Nr. 1 angesprochene Vorfall mit Tötlichkeiten.
5. Wann wurden in den Jahren 2018 und 2019 Bedienstete der Kreisverwaltung Opfer von Tötlichkeiten?
6. In wie vielen Fällen hat der Kreisausschuss in den Jahren 2018 und 2019 wegen Gewaltausübung in einer Dienststelle des Rheingau-Taunus-Kreises Strafanzeigen wegen 1. Sachbeschädigung, 2. Körperverletzung, 3. aus anderen Gründen erstattet? In wie vielen Fällen gab es Verurteilungen wegen der angezeigten Straftaten

TOP 11. DS X/1304 Trägerbericht für 2019 Nassauische Sparkasse ("NASPA")

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 12. DS X/1191 Jobticket; hier: Antrag Nr. 43/19 der CDU-Fraktion vom 19.12.2019, eingegangen am 23.12.2019

Gemeinsame Beratung der TOP 12, 13 und 14. Siehe TOP 13.

Abstimmungsergebnis: **für erledigt erklärt**

TOP 13. DS X/1203 Einführung eines kostenfreien Job-Tickets - Variante Premium - für alle Beschäftigten und Bediensteten des Rheingau-Taunus-Kreises, Freigabe der Mittel durch den Haupt- und Finanzausschuss und Beauftragung der Verwaltung mit dem Vertragsabschluss und der Vertragsumsetzung

Die TOP 12, 13 und 14 werden gemeinsam beraten und an dieser Stelle dokumentiert.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller, der auf die Beratungen des EUKA und den dort eingereichten und verabschiedeten Änderungsantrag von CDU und FDP (**Anlage 2 der Niederschrift**) eingeht, Mahr, Zarda, Lieber, Gagel, Landrat Kilian und die Abg. Müller, Lieber, Linke, Busch und Ausschussvorsitzender Zehner, der sodann die EUKA-Empfehlung, die wortgleich mit dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP ist, zur Abstimmung stellt. Diese wird bei

9 JA-Stimmen und
6 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

beschlossen.

Die TOP 12 und 14 werden für erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

Die Beratung des TOPs III.2 „Einführung eines kostenfreien Job-Tickets-Variante-Premium für alle Beschäftigten und Bediensteten des Rheingau-Taunus-Kreises“ wird um ein Jahr (2021) verschoben.

Die für das Jobticket mit einem Sperrvermerk eingeplanten Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 € werden für die Einrichtung und Beschaffung einer adäquaten Mobile-Working/Home-Office-Ausstattung veranschlagt.

Der Kreisausschuss wird beauftragt, zeitnah in Zusammenarbeit mit dem Personalrat ein diesbezügliches Konzept, ggf. zuerst einmal als Modellprojekt, zu erarbeiten

TOP 14. DS X/1231 Jobticket; hier: Vorlage DS X/1203 und Antrag Nr. 43/19 der CDU-Fraktion vom 19.12.2019 (TOP III.5 und III.9 KT vom 04.02.2020)

Gemeinsame Beratung der TOP 12, 13 und 14. Siehe TOP 13.

Abstimmungsergebnis: **für erledigt erklärt**

TOP 15. DS X/1229 Umstrukturierung, Erweiterung und Sanierung der Beruflichen Schulen Rheingau in Geisenheim - Grundsatzentscheidung zur Entwurfsplanung und Kostenberechnung

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Entwurfsplanung und Kostenberechnung für die Umstrukturierung, Erweiterung und Sanierung der Beruflichen Schulen Rheingau in Geisenheim mit einem Gesamtkostenvolumen von rd. 37,2 Mio. € wird genehmigt.

Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Investitionsprogramm des Rheingau-Taunus-Kreises veranschlagt. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die WI-Bank werden für den ersten Bauabschnitt (Neubau Bauteil E) Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsprogramm (KIP II) in Höhe von rd. 4,7 Mio. € in Anspruch genommen. Hierfür werden Mittel in Höhe von rd. 3,7 Mio. € aus dem Förderkontingent der KIP-Maßnahme „Generalsanierung Rheingauschule Geisenheim“ zur KIP-Maßnahme der Beruflichen Schulen umgeschichtet.

**TOP 16. DS X/1252 Berufliche Schulen Untertaunus, Generalsanierung -
Bereitstellung einer überplanmäßigen
Verpflichtungsermächtigung im HHJahr 2020**

An der kurzen Aussprache beteiligen sich der Abg. Müller, Landrat Kilian und Ausschussvorsitzender Zehner, der anregt, dass der quartalsweise Bericht im Kreisausschuss in der Sache dem HFA zur Verfügung gestellt wird. Landrat Kilian sichert den aktuellen Bericht zu (**Anlage 3 der Niederschrift**).

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Für die Generalsanierung an den Beruflichen Schulen in Taunusstein-Hahn werden zusätzliche finanzielle Mittel in Form einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.700.000,00 € bereitgestellt.
Die Deckung erfolgt durch die Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung der Beruflichen Schulen in Geisenheim (2401).

TOP 17. DS X/1287 Jahresabschluss 2019

Abg. Müller lobt ausdrücklich die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss am 27.4.2020 aufgestellten Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 zur Kenntnis (Anlage 1).
Das Rechnungsergebnis 2019 schließt mit einem Überschuss von 10.479.147,95 € ab.

Der dem RP Darmstadt vorgelegte Liquiditätsbericht zum 31.12.2019 wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).

TOP 18. DS X/1293 Muezzin-Ruf unterbinden; hier: Antrag 11/20 der AfD-Fraktion vom 12.05.2020

Abg. Barth und Landrat Kilian erklären, dass der Rheingau-Taunus-Kreis keine Zuständigkeit hat. Der Antrag wird bei

2 JA-Stimmen und
13 NEIN-Stimmen
mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 19. DS X/1295 Möglichkeiten, Sitzungen digital abhalten; hier: Antrag Nr. 13/20 der AfD-Fraktion vom 12.05.2020

Auf die Hinweise aus dem Ausschuss und von Landrat Kilian, dass digitale Sitzungen rechtlich nicht zulässig sind, zieht der Abg. Gagel den Antrag für seine Fraktion zurück.

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

TOP 20. DS Tagesordnung der Kreistagssitzung am 09.06.2020

Die Empfehlungen zur Tagesordnung sind der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

TOP 21. DS Verschiedenes

Zum Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Ausschussvorsitzender Zehner dankt den Mitgliedern für die konstruktive Mitarbeit und schließt um 10.35 Uhr die Sitzung.

Bad Schwalbach, 5. Juni 2020

.....
(Sandro Zehner)
Ausschussvorsitzender

.....
(Harald Rubel)
Schriftführer